

Editorial	4	Recht	
Weihnachtsgeschichte 2017	5	Urteil: Wer im Heim ist, wohnt nicht _____	40
Gedanken zum Jahreswechsel 2017/2018	7	Dies und Das	
Politik / Aus den Ländern		Uwe Frevert wird heute 60 _____	41
Wir müssen aus dem Fürsorgegedanken raus _____	9	Barrierefreie Wohnungen ... das wäre auch schön. _	43
Ihr seid uns egal _____	10	Literaturtipps	
Claudia Middendorf neue Beauftragte in Nordrhein-Westfalen _____	11	Ratgeber für behinderte ArbeitgeberInnen und solche, die es werden wollen _____	44
Behindertenpolitik an Menschenrechten ausrichten __	12	ForseA intern	
Scharfe Kritik an CDU und FDP _____	13	Deutschlandkarte _____	45
Du und ich - Einfach unverbesserlich _____	14	verstorbene Mitglieder der letzten 12 Monate ____	46
Jamaika-Aus - Wie weiter in der Behindertenpolitik? _____	16	Hinweise zum Datenschutz _____	46
Forderungen an künftige Koalitionäre _____	17	Neue Internetseite _____	46
Bundesteilhabegesetz		Arbeitgeber- und Mobilitätsstammtische _____	46
Ein kurzes Treffen mit unserem Bundespräsidenten _	19	eMailAdressen _____	47
Das Bundesteilhabegesetz - Scheitern mit Ansage __	20	Adressen _____	47
NITSA: Kosten werden überschätzt _____	22	Wir begrüßen als neue Mitglieder _____	47
Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Baden-Württemberg _____	22	Seminartermine 2018 _____	47
UN-Behindertenrechtskonvention		Impressum _____	47
UN-Ausschuss verabschiedet Kommentar zu Artikel 19 _____	23	Unser Vorstand _____	48
Persönliche Assistenz		Aufnahmeantrag _____	49
Assistenzzeit ist Lebenszeit _____	24	Satzungsauszug _____	50
Selbstbestimmung trotz unterschiedlicher Interessen gewährleisten _____	25	Kurz und bunt -	
Aktion für Assistenz im Krankenhaus _____	26	Facebook-Kommentare von Gerhard Bartz	
Haftung der Assistentinnen und Assistenten ____	28	22.11.17 Geld stets höherwertig als Menschen! ____	18
Inklusion - (k)ein Ziel für alle? _____	28	01.09.17 Das Bundesteilhabegesetz in den heute-Nachrichten des ZDF _____	22
Inklusion		28.10.17 Zum Streit innerhalb der SPD II _____	23
Zwischen Inklusion und Nixklusion _____	30	18.09.17 Artikel in der ZEIT über einen Pflegeheimleiter _____	29
Inklusion muss an 365 Tagen im Jahr stattfinden __	30	15.11.17 Petition gegen die AOK Hessen _____	31
Kieler Erklärung Behindertenbeauftragter _____	32	06.11.17 Zum Streit innerhalb der SPD II _____	31
Heime bis 2035 auflösen _____	32	20.09.17 Urteil zu Sterbegeldversicherungen ____	36
Der Kampf für Selbstbestimmung lohnt sich _____	33	13.09.17 Zur Situation in Krankenhäusern _____	36
Preisverleihung für die besten Begriffspiraten ____	34	26.10.17 Zur Verwendung öffentlicher Mittel ____	37
Lieber sterbe ich, als ins Heim zurückzugehen ____	36	09.10.17 Zur Sendung „Hart aber fair“ _____	38
Selbsthilfe und Inklusion - zwei Seiten einer Medaille? _____	37	26.09.17 Zum Ergebnis der Bundestagswahl ____	42
Fragezeichen zur Inklusion in Niedersachsen ____	39		

Nichts über uns ohne uns!



Gerhard Bartz © privat

Liebe Mitglieder, Leserinnen und Leser,

kaum zu glauben, das Jahr ist verflogen wie nichts. Schon steht der Winter vor der Tür und Weihnachten ist auch nicht mehr weit. Dabei war 2017, gemessen am Vorjahr, total langweilig.

Die Behindertenbewegung hat die Tauchstation noch immer nicht verlassen, die sie am Jahresende 2016 erschöpft eingenommen hat. Das Bundesteilhabegesetz ist in Kraft und es hagelt falsche Bescheide. So falsch, dass man ruhig Absicht unterstellen kann.

Man will, dass wir uns in Kleinkriegen verzetteln. So gibt es Forderungen, statt des Persönlichen Budgets einen Ambulanten Dienst in Anspruch zu nehmen. Dann wolle man das auch wohlwollend begleiten. „Mein“ Kostenträger weicht von der jahrzehntelang geübten Praxis ab und stellt die absurde Behauptung auf, ein Pauschales Pflegegeld nach SGB XII - auch anteilig - gäbe es nur, wenn man einen Ambulanten Dienst in Anspruch

nimmt. Kein Argument ist zu absurd, um damit nicht Antragsteller zu verunsichern, zumindest aber hinzuhalten.

Beim Bundesteilhabegesetz hat die „Große“ Koalition aus CDU/CSU und SPD glänzend versagt. Entgegen den Festlegungen im Artikel 4 der Behindertenrechtskonvention, aber auch gegen Artikel 3 unseres Grundgesetzes, wurde ein Gesetz durchgedrückt, das von Seiten behinderter Menschen einhellig als Betrug an den rechtlichen Interessen behinderter Menschen gewertet wird. Dass es auch anders möglich gewesen wäre, zeigt die ForseA-Weihnachtsgeschichte 2017. Dort wird dem Rad der Geschichte rückwirkend in die Speichen gegriffen (siehe Seite 5).

Unsere stellvertretende Vorsitzende Anett Feige berichtet von einer Begegnung mit unserem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier. ForseA-Briefe an seinen Vorgänger Joachim Gauck haben diesen mit sicherlich hoher Wahrscheinlichkeit nicht erreicht und wurden stattdessen floskelhaft „in dessen Auftrag“ beantwortet. Ein Bericht von dieser Begegnung finden Sie auf Seite 19.

Von der sprunghaft gestiegenen Anzahl der Beratungen abgesehen, war es also ein ruhiges Jahr. Es gab immer wieder Anläufe, Arbeitgeberstammtische zu gründen. Aber noch ist der in Zwickau der erste und einzige von dem wir wissen.

Dabei liegt die Latte sehr niedrig. Man braucht keine Fachkenntnisse, um einen Stammtisch zu betreiben. Man trifft sich regelmäßig (monatlich, vierteljährlich beispielsweise) und bietet eine Gesprächsplattform für behinderte Arbeitgeberinnen

und Arbeitgeber. Und natürlich eine Schnittstelle zu ForseA, sobald ein Problem nicht vor Ort gelöst werden kann. Wir hatten große Hoffnung in diese Stammtische gelegt. Es ist die Chance, auch mal organisatorisch in der Fläche aktiv zu werden.

Wir versichern allen, die an einem Stammtisch interessiert sind, unsere Unterstützung. Interesse gibt es überall. Nur vor dem Schritt zur praktischen Umsetzung besteht eine unerklärliche Scheu. Es wäre schön, wenn wir damit im kommenden Jahr endlich Erfolg hätten.

Liebe Mitglieder, wie gerne hätte ich an dieser Stelle vom erfolgreichen ersten Jahr des Teilhabegesetzes berichtet. Es hat nicht sollen sein. Große Teile unserer Gesellschaft, und unter dieser Rückendeckung auch die Politik, betreiben weiter unsere soziale Isolation.

Uns Menschen mit Unterstützungsbedarf bleiben zwei Möglichkeiten: Dies hinzunehmen und über kurz oder lang in den Armen der Sozialkonzerne zu landen. Oder weiter zu kämpfen. Schließlich sind wir das gewöhnt, ich seit 1990.

In diesem Jahr hatten wir unser 20-jähriges Jubiläum fast ungestreift vorüberziehen lassen. Nur fast, denn wir hatten den Vereinsmitgliedern, die am Seminar teilgenommen haben, die Seminargebühr erlassen. Damit wenigstens einmal kurz das Jubiläum thematisiert wurde. Ansonsten gab es nichts zu feiern.

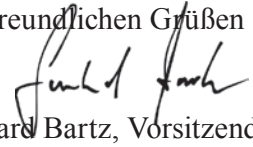
Weder nach innen, denn wir haben uns von dem „Blutverlust“ noch immer nicht erholt. Noch nach außen, denn noch nie wurden wir so

betrogen wie vor einem Jahr von der letzten Bundesregierung. Dass diese nun eine Neuauflage erleben soll, lässt nicht erwarten, dass an einer ehrlichen, fairen Revision des Bundesteilhabegesetzes gearbeitet wird.

Trotz aller Widrigkeiten wünsche ich Ihnen im Namen des gesamten Vorstandes eine schöne Weihnachtszeit und ein gesundes, friedliches neues Jahr 2018, in dem unser Kämpfen - wie auch immer - einmal belohnt wird. Von einer Re-

gierung, von der wir noch nicht sicher wissen, wie sie aussehen wird.

Mit freundlichen Grüßen



Gerhard Bartz, Vorsitzender

Die ForseA-Weihnachtsgeschichte 2017

Eine wunderbare Zeitreise zurück ins Jahr 2009 und retour

von Gerhard Bartz

Heiligabend. Es ist einsam in der kleinen Zwei-Raum-Wohnung. Der ambulante Dienst hat heute zeitig Feierabend gemacht. Jörg sitzt deshalb bereits im Schlafanzug vom spärlichen Licht eines künstlichen Weihnachtsbaumes beleuchtet im Rollstuhl vor dem Fernseher. Ihn fröstelt und er beschließt, zu Bett zu gehen. Doch zuerst will er noch seine Geschenke auspacken. Eine Flasche Wein vom Hausmeister hat er heute Morgen bereits erhalten. Das Buch war von Iris vom Ambulanten Dienst, die ihn am frühen Nachmittag bereits für die Nacht fertig gemacht hat, da sie den Heiligen Abend mit ihrer Familie verbringen wollte. Als er die Geschenke schon zur Seite gelegt hatte, entdeckt er auf dem Tisch noch einen Brief. Wie der wohl dorthin gekommen war? Er weiß es nicht. Der Brief ist nicht adressiert. Neugierig öffnet Jörg das Kuvert, entnimmt ihm ein Blatt Papier und liest den kurzen Inhalt, der mit einer kunstvoll geschnörkelten Schrift mitteilt: „Herzlichen Glückwunsch! Sie haben den Hauptpreis des heutigen Abends gewonnen! Sie haben einen Wunsch frei, den Sie wie folgt einsetzen sollen: Sie können sich zu einem von Ihnen gewählten Zeitpunkt in den Traum eines anderen Menschen versetzen und ihm Ihre Geschichte erzählen.

Wichtig ist, dass Sie ihm auch die Lösung mitteilen.

Diese Lösung wird sich fortan als eigener Gedanke im Bewusstsein dieser Person festsetzen und sie geradezu zwingen, diese Lösung umzusetzen. Aber denken Sie daran: Das geht nur einmal und sollte kurz und einprägsam sein, damit auch nichts verloren geht! Ihre Angaben schreiben Sie bitte leserlich auf die Rückseite dieses Briefes. Ich wünsche Ihnen ein schönes Weihnachtsfest!“



Die Unterschrift ist schön mit Schnörkeln gemalt und dennoch unleserlich. Mehr aus Jux macht er sich daran, die Rückseite zu beschriften. Beim Punkt „Lösung“ zögert er nur kurz.

Zeitpunkt:

25. März 2009, 03:00 Uhr

Person:

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin

Problem:

Menschenrechte behinderter Menschen in Deutschland werden nach wie vor missachtet. Die Aussonderung beginnt oft schon im Vorschulbereich und setzt sich oft ein ganzes Leben lang fort. Behinderungsbedingte Nachteilsausgleiche müssen hart erkämpft werden. Sie werden selten im beantragten Umfang genehmigt und oft muss man erst arm sein, damit man überhaupt Leistungen bekommt.

Lösung:

Verbindliche Umsetzung des Artikels 8 der Behindertenrechtskonvention: „Bewusstseinsbildung“.

Jörg legt den Brief wieder dorthin, wo er ihn gefunden hat, erklimmt mühsam sein Bett und fällt in einen tiefen Schlaf ...

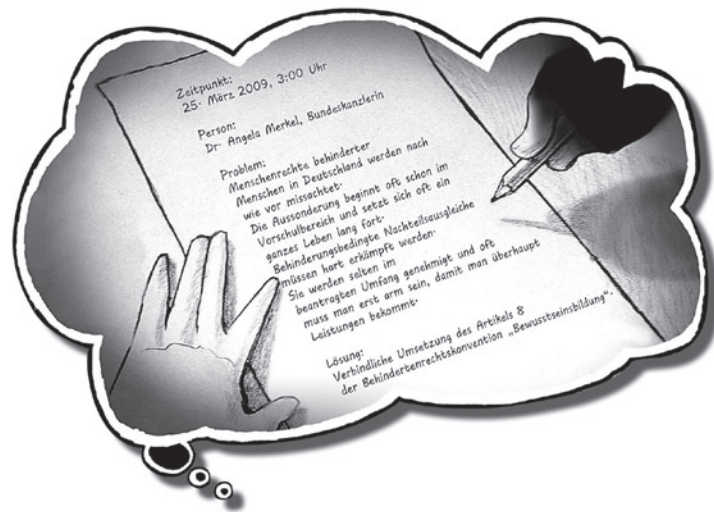
Am nächsten Morgen

durchzieht seine gutbürgerlich ausgestattete Eigentumswohnung bereits Kaffeeduft, als er erwacht. Seine Frau hat sich aus dem Schlaf-

zimmer geschlichen und brachte ein großes Tablett mit einem festlich-üppigen Frühstück, das sie gemeinsam einnehmen. Die beiden Kinder schlafen noch, erwartungsgemäß bis Mittag. Er hat seinen angestellten Assistentinnen für heute freigegeben, damit sie auch Weihnachten feiern können. Seine Frau, ebenfalls berufstätig, will die notwendigen Arbeiten allein bewerkstelligen. Am Nachmittag werden sie zusammen Jörgs Eltern besuchen, den gestrigen Heiligabend hatte man bei seinen Schwiegereltern verbracht.

Die Kinder genießen die Schulferien. Dennoch plagt ihre Tochter Pauline, sie besucht die Gesamtschule, die Gedanken an eine Hausarbeit, die sie nach den Ferien abliefern soll. Es geht um eine Abhandlung zu einem sozialen Thema und sie hat sich vorgenommen, die persönliche Assistenz ihres Vaters zu beschreiben. Ohne dessen Hilfe geht das nicht und so muss sie die Zeit bis zum Jahresende nutzen, in der er noch Urlaub hat.

Ihr Vater erklärt ihr, dass bis vor 100 Jahren behinderte Menschen zuhause versteckt wurden, weil sie als Strafe Gottes galten. Schlimm wurde es in der Zeit, als die Nazis die Herrschaft in Deutschland hatten. Über 70.000 Menschen mit Behinderungen wurden ermordet. Nach dem Ende dieser Schreckensherrschaft behielt man die Aussonderung bei und brachte behinderte Menschen, die einen hohen Hilfebedarf hatten, in Anstalten unter. In den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts erreichte die sogenannte Selbstbestimmt-Leben-Bewegung - von Amerika ausgehend - Europa und so auch Deutschland. Die Menschen mit Hilfebedarf wollten endlich in Freiheit leben. Zunächst war das auch für Kostenträger noch lu-



krativ, solange zwangsverpflichtete Zivildienstleistende freiwillig die Assistenz übernahmen. Nach der Wiedervereinigung war wegen den ihr folgenden Verkürzungen der Zivildienstzeit plötzlich Schluss mit dieser preisgünstigen Assistenz.

Es gab nur zwei Alternativen: das Arbeitgebermodell oder aber ambulante Dienste. In die Heime wollten nur noch wenige. Die ambulanten Dienste waren in den Augen der Kostenträger jedoch nur dann nicht zu teuer, wenn der behinderte Mensch mit einer Minimalversorgung einverstanden war oder der ambulante Dienst Pflegekräfte zu Billigstlöhnen beschäftigte. Es war bis zum Jahre 2009 eine fortgesetzte Auseinandersetzung mit den Kostenträgern, die mit massiver struktureller Gewalt und oft auch ungesetzlichen Mitteln das Leben der Hilfesuchenden zu regeln trachteten.

Im Jahr 2009 trat die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen in Kraft. Damit begann der größte Paradigmenwechsel, den die deutsche Sozialpolitik jemals erlebt hat. Die Bundesregierung, und allen voran die Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel, nahmen die eingegangene Verpflichtung sehr ernst. Beispielsweise schwärmten

Mitglieder der Regierung und des Parlamentes aus, um in sämtlich erreichbaren Talkshows für die Umsetzung der Konvention zu werben. Und so ganz allmählich sickerte die neue Behindertenpolitik in das Bewusstsein der Bevölkerung ein.



Die Medien trugen ihren Teil dazu bei und bereiteten die einzelnen Artikel der UN-Behindertenrechtskonvention in Informationssendungen und Sonderbeilagen auf. Hilfreich war auch, als bekannt wurde, dass man trotz allem noch Geld sparen konnte. Wie groß war das Erstaunen, als publiziert wurde, wie gering der Anteil der Haushaltsmittel war, die am Ende bei den Betroffenen tatsächlich ankamen. Nunmehr konnten auch die Menschen mit Behinderung mit ausreichendem Einkommen ausgestattet werden, die mangels Schul- und

Berufsausbildung kein Erwerbseinkommen und damit auch keine soziale Absicherung erwerben konnten. Doch nicht nur den Finanzen ging es gut. Auch die Gesellschaft insgesamt wurde von großen Ängsten befreit, die bis dahin mehr oder weniger verdrängt wurden, aber immer wieder präsent waren. Dass die Eltern ihren Kindern wieder ein Erbe hinterlassen konnten, beseitigte am Ende auch diese Ungerechtigkeit. Die Tatsache, dass niemand mehr ins soziale Abseits gedrängt wurde, machte große Potenziale in unserer Gesellschaft frei, die bislang unterdrückt wurden.

Pauline stöhnt: „Papa, es reicht!“ Schließlich muss sie die Geschichte für ihre Dokumentation noch mit Beispielen unterfüttern. Nachdenklich meint sie, dass sie froh sei, dass behinderte Menschen nun die Hilfe bekämen, die sie brauchen und dafür nicht mehr arm gemacht werden. Denn ohne diese Hilfe wäre ihre Familie vermutlich gar nicht entstanden. Sie stellt es sich schrecklich vor, mangels sicherer personeller Unterstützung, ohne Mobilität, ohne Barrierefreiheit keine sichere Basis für sein Leben zu finden. Auch die permanente Drohung mit der herbeigeführten Armut durch die Wegnahme von Einkommen und Vermögen, wie es bis 2009 die Regel war, findet sie sehr befremdlich.

Umso mehr freut sie sich darüber, dass diese unsägliche Zeit weit zurückliegt und Menschen mit Behinderung nicht nur auf dem Papier die Inklusion erfahren. Heute Nachmittag wird die ganze Familie in die Stadt zum Eislaufen fahren. Sie hat sich vorgenommen, ihren Papa in seinem Elektrorollstuhl übers Eis zu schieben. Oh, das wird ein Spaß, denn er weiß noch nichts von seinem Glück!

Ein geklautes Jahr ist vorbei

Was hatten wir Alle für schöne Vorstellungen von der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention? Wir träumten sieben Jahre, na gut, 6 ½ Jahre davon, dass wir endlich als Gleiche unter Gleichen inmitten der Gesellschaft leben können. Dabei haben wir die Rechnung ohne diese Gesellschaft gemacht. Dieser wurde über Jahrhunderte hinweg eingebläut, dass nur ein gesunder und fitter Mensch ein Mensch im Sinne der Menschenrechte ist. Alle anderen muss man halt irgendwie mit durchziehen. Aber ein Leben auf Sparflamme muss denen genügen.

Diese Auffassung vertrat wohl der damalige Staatssekretär, späterer saarländischer Landessozialminister und heutiger DAK-Vorstandsvorsitzender Andreas Storm, der in einem Schreiben an ForseA am 11.03.2010 mitteilte: „Im Hinblick auf die Forderung nach bedürftigkeitsunabhängigen Leistungen der Eingliederungshilfe für finanziell besser gestellte Menschen mit Behinderungen zu Lasten des Steuerzahlers über bereits bestehende Begünstigungsregelungen in der Eingliederungshilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) hinaus, gebe ich zu bedenken, dass gerade in der heutigen Zeit eine solche Forderung weder fachlich noch politisch zu vermitteln ist.“

Dieses Wort „Begünstigungsregelungen“ disqualifiziert den Schreiber. Es geht bei allen Artikeln der Behindertenrechtskonvention darum, behinderten Menschen den Zugang zu den allgemeinen Menschenrechten zu ermöglichen, keinen Millimeter weiter. Storm verweiger-



te uns im Auftrag seiner Ministerin die Nachteilsausgleiche und nennt es Verweigerung von weiteren Begünstigungen. Diese Nebelwerferei setzt sich im Bewusstsein unserer Gesellschaft fest. Wie oft habe ich dies in Bescheiden schon lesen müssen? Warum schreibt Deutschland in seine Verfassung, dass niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf? Warum unterschreibt Deutschland die Behindertenrechtskonvention? Wenn Deutschland im selben Atemzug sich vornimmt, dass beide Unterschriften im Land wirkungslos bleiben müssen?

Deutschland verspielt damit eine große Chance. In behinderten Menschen stecken große Potentiale, die in unserer Gesellschaft nicht ausgeschöpft werden. Die andauernde Wegnahme von Einkommen und Vermögen, die Versagung der bedarfsdeckenden Assistenzleistungen, die Reduzierung der Hilfsmittelversorgung, all das beschädigt diese Potentiale und verhindert deren Entwicklung. Menschen, die aufgrund ihrer Behinderung ohnehin schon genug Probleme haben, werden zusätzlich noch von unserer Gesellschaft behindert.

Was also ist zu tun? Wir müssen Methoden entwickeln, wie wir mit möglichst geringem Aufwand die

Gesellschaft mobilisieren können. Denn diese schädigt sich in ihrer an den Tag gelegten Ignoranz gegenüber den Problemen behinderter und alter Menschen selbst. Unsere ungewisse soziale Absicherung bei Krankheit, Behinderung und Alter wirkt sich nachteilig auf das Konsumverhalten aus. Die Kaufzurückhaltung ist nachvollziehbar. Gleichzeitig werden die Mittel auf der hohen Kante immer weiter reduziert, da sie bei den derzeitigen Null-Zinsen selbst bei einer geringen Inflationsrate aufgeessen werden.

Es zeichnet sich ab, dass wir immer weniger Arbeitskräfte benötigen. Die „digitale Revolution“ steht in den Startlöchern. Statt den Nichtarbeitenden via Hartz-IV ein Leben am unteren Ende unserer Gesellschaft zu gewähren, könnten im Bereich der Assistenz viele Menschen ein auskömmliches Erwerbseinkommen erzielen. Nur sollte der Staat sich davor hüten, den Sozialkonzernen ständig neue Einkommensmöglichkeiten zu eröffnen.

Der Sündenfall „Entlastungsbeitrag“ lieferte hierzu ein gutes Beispiel. Statt den Sozialkonzernen einen weiteren Markt zu eröffnen, würde das Geld beispielsweise bei privaten Helfern wesentlich mehr Hilfe ermöglichen. Hier zahlt es sich für die Konzerne aus, dass die Mehrheit der Mandatsträgerinnen und -träger in Gremien dieser Organisationen vertreten sind. So lässt sich die Feder des Gesetzgebers sehr leicht führen.

Wie erreichen wir also, dass sich das Bewusstsein unserer Gesellschaft von den Paradigmen der Nachkriegszeit ändert. Hier wären eigentlich unsere Regierenden in der Pflicht. Sie haben dies im Ar-

tikel 8 der Behindertenrechtskonvention den Vereinten Nationen auf der einen, dem deutschen Volk auf der anderen Seite verbindlich versprochen. Zur Erinnerung: die Behindertenrechtskonvention ist in Deutschland geltendes Recht. Es muss uns gelingen, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger für unser aller (also auch für ihre) Anliegen zu sensibilisieren. Anscheinend ist es nur möglich durch Druck aus der Gesellschaft einen Bewusstseinswandel in den Regierungen und Parlamenten herbeizuführen. Es muss klargemacht werden, dass das Reden von Gerechtigkeit ohne entsprechendes Handeln als Schwafelei enttarnt und auch bestraft wird.

Gleiches gilt auch für die Medien. Ich möchte nicht mehr hören, dass eine Minute Behinderung im Monat reicht. Hier müssen wir unbedingt belastbare Kontakte schaffen. Denn wie sonst sollte die Gesellschaft die Informationen erreichen? Informationen, die aufzeigen, wie die Praxis von den Hochglanzveröffentlichungen der Regierungen abweichen. Es muss endlich an die

breite Öffentlichkeit, wie mit hilfesuchenden Bürgerinnen und Bürgern umgesprungen wird. Da wird getrickst, erpresst, belogen, verzögert, bewusst werden Gesetze falsch angewendet, bekannte Notlagen werden missbraucht, um schnelle Billiglösungen durchzusetzen.

Das alles erleben wir schon länger als zwei Jahrzehnte. Aber noch nie wurde den Behörden so offen Freiheit eingeräumt wie heute. Und diese wird dankend missbraucht. Das Bundesteilhabegesetz ist keine Umsetzung der Behindertenrechtskonvention. Wer dies behauptet, lügt! Man verweigert uns auch nicht die Erfüllung von Wünschen, man verweigert uns eiskalt Menschenrechte. Dies muss die Gesellschaft wissen und auch, dass das nicht gottgegeben ist. Menschen mit Behinderung sind ganz einfach Menschen, die inmitten der Gesellschaft ein soweit möglich normales Leben führen wollen. Das, liebe Politikerinnen und Politiker, das wäre Gerechtigkeit. Und damit das Gegenteil dessen, was in der letzten Legislaturperiode verabschiedet wurde.

Für das kommende Jahr wünschen wir Ihnen viel Gesundheit, Frieden und Freude. Dazu keine Assistenzprobleme und eine neue Bundesregierung, die den Begriff Behindertenpolitik nicht im Fremdwörterbuch nachschlagen muss.

Dezember 2017

Ihr ForseA-Vorstand

Gerhard Bartz
Carmen Borsian
Anett Feige
Antonio Florio
Klaus Hergert
Alexander Hübner
Saskia Melches

*Wer sich nicht einsetzt,
hat kaum das Recht, das
Misslingen des Ein-
satzes anderer zu kriti-
sieren.*

Alfred Grosser

*Die Welt lebt von Men-
schen, die mehr tun als
ihre Pflicht.*

Ewald Balsler